

Prof. Niko Härting
HÄRTING Rechtsanwälte PartGmbB
Chausseestraße 13
10115 Berlin

CHRISTIAN LINDNER

Bundesvorsitzender der FDP
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 16. September 2021

Sehr geehrter Herr Professor Härting,

vielen Dank für Ihren offenen Brief.

Ich teile Ihre Einschätzung, dass die sozialen, seelischen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und der Pandemiebekämpfung weiterhin schwer wiegen. Wir Freie Demokraten haben in der Pandemie stets einen konstruktiven Kurs verfolgt, der auf eine Verhältnismäßigkeit von Gesundheitsschutz und Freiheit setzt. Wir weisen auf Fehlentwicklungen hin, bringen aber auch unsere Vorschläge für eine alternative Strategie in die Diskussion ein. Gerne beantworte ich Ihre Wahlprüfsteine unten im Text.

- *Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, dass die künftige Corona-Politik begleitet wird durch einen Expertenrat, der sich aus allen betroffenen Disziplinen zusammensetzt: Expertinnen und Experten aus Medizin, Statistik, Virologie und Epidemiologie, aber auch Soziologie, Verhaltenspsychologie, Pädagogik, Kultur, Ökonomie, Politologie sowie Juristinnen und Juristen?*

Das Corona-Virus ist eine gesundheitliche Bedrohung. Ebenso hatte aber die politische Strategie zur Pandemiebekämpfung zweifellos massive soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen. Deswegen haben wir Freie Demokraten bereits seit Beginn der Pandemie ein interdisziplinäres Expertengremium auf Bundesebene als Beratungsstab für die Bundesregierung gefordert. In Nordrhein-Westfalen hat die schwarz-gelbe Landesregierung einen solchen Expertenrat mit Vertreterinnen und Vertretern der Medizin, der Rechtswissenschaften, der Ökonomie, der Ethik, der Psychologie und Soziologie und der Sozialarbeit frühzeitig eingesetzt.

- *Wie sieht die Anerkennung und der öffentliche Respekt Ihrer Partei vor der Arbeit der STIKO als gesetzlich mandatierter Kommission aus, wenn dem Impfen eine zentrale Funktion bei der Bewältigung der Pandemie zukommt? Warum ist das Robert-Koch-Institut – anders als beispielsweise*

FDP-Bundesgeschäftsstelle
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

T: 030 | 284 958 - 81
F: 030 | 284 958 - 82

christian.lindner@fdp.de
www.christian-lindner.de

die Datenschutzbehörden – keine unabhängige Behörde, sondern dem Bundesministerium für Gesundheit unterstellt?

Wir haben vollstes Vertrauen in die Expertise der Ständigen Impfkommission. Daher haben wir die Empfehlungen der STIKO immer respektiert und sehen sie – sei es im zurückliegenden Sommer bei der Impfung für Kinder und Jugendliche oder jetzt bei den sogenannten „Booster-Impfungen“ – immer als Voraussetzung für politisches Handeln. Politischer Druck auf dieses Gremium ist nicht akzeptabel. Aus Sicht der Freien Demokraten sollte das Robert Koch-Institut keine politikabhängige Behörde sein. Deswegen setzen wir uns in unserem Wahlprogramm dafür ein, das RKI in eine unabhängige Institution umzuwandeln. Der neu zu schaffende Vorstand soll in fachlichen Fragen weisungsunabhängig sein.

- *Was tut Ihre Partei dafür, dass der nächste Bundestag eine Enquetekommission einsetzt zur Untersuchung der Versäumnisse, die es bei der Bewältigung der Corona-Krise gegeben hat und weiterhin gibt, und zur Ausarbeitung von institutionellen, strukturellen, gesundheits- und rechtspolitischen Vorschlägen für Reformen und Veränderungen?*

Mögliche Fehler und Versäumnisse in der Pandemiebekämpfung müssen umfassend parlamentarisch aufgearbeitet werden. Es geht dabei nicht um eine Art Tribunal, sondern um gemeinsames Lernen für zukünftige Krisen. Eine Enquetekommission sehen wir dafür als geeignetes Gremium. Entsprechend wollen wir in der nächsten Legislaturperiode eine solche Kommission einsetzen.

- *Welche konkreten Vorschläge hat Ihre Partei für Messwerte zur Beurteilung der Infektionsgefahren, die an die Stelle der starren „7-Tage-Inzidenzen“ treten? Wie können neue Bezugsgrößen konkret lauten?*

Das lange Festhalten an der Inzidenzzahl als faktisch einzigem Indikator war ein Fehler. Schon früh hat unsere Partei Vorschläge für ein Bündel an Kennzahlen gemacht, die die tatsächliche Gefahr durch das Infektionsgeschehen besser abbildet – etwa die Positivquote der Tests, die lokalen Testkapazitäten, die Auslastung der intensivmedizinischen Versorgung, die regionale Impfquote und die Unterscheidung zwischen diffusen und Cluster-Ausbrüchen. Spätestens jetzt bei der derzeitigen Impfquote kann die Inzidenz keine massiven Einschränkungen mehr rechtfertigen. Der nun erfolgte Wechsel zur Hospitalisierungsrate ist deswegen ein richtiger Schritt, lässt aber andere wichtige Indikatoren außer Acht. Ein bundesweit einheitliches Instrumentarium, das sich an mehr als einem Faktor orientiert, ist weiterhin notwendig.

- *Welche Ideen hat Ihre Partei für einen Corona-Stufenplan mit mittel- und langfristigen Strategien zur Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens? Wie kann es gelingen, eine Politik zu entwickeln, deren Horizont über wenige Wochen hinausreicht?*

Wir brauchen einen klaren Fahrplan zurück zur vollständigen Normalität. Schon Anfang des Jahres haben wir Freien Demokraten als erste Partei einen Stufenplan für mehr Transparenz und Planungssicherheit vorgelegt. Pauschale Beschränkungen darf es nicht mehr geben. Die Bundesregierung muss daher eine politische Garantie aussprechen, dass es nicht zu einem erneuten Lockdown kommt. Wir brauchen eine klare Perspektive für die Rückkehr zur Normalität. Großbritannien hatte seinen „Freedom Day“ längst. Auch wir sollten über den Tag nachdenken, an dem wir alle Maßnahmen beenden. Der einfachste Weg dorthin führt über eine hohe Impfquote. Diese wollen wir über niedrigschwellige und

aufsuchende Impfangebote und umfassende Aufklärung erreichen. Für falsch halten wir Druck und Zwang – auch für Menschen ohne Impfschutz muss Teilhabe am öffentlichen Leben möglich sein, generelle Grundrechtseinschränkungen sind auch für sie nicht verhältnismäßig.

- *Welches Konzept hat Ihre Partei für eine gerechte und transparente Verteilung der finanziellen Lasten der Pandemie? Wie lässt sich ein dauerhafter Ausgleich schaffen zwischen Bürgern, die schwere finanzielle Einbußen hinnehmen mussten, und Unternehmen, Beamten und Angestellten, die ein ungeschmäleretes Einkommen hatten oder sogar wirtschaftlich von der Corona-Krise profitieren?*

Wir fordern den vollen steuerlichen Verlustrücktrag bis 2017 und weitere wirtschaftliche Hilfen für Selbstständige, die einen ausreichenden Unternehmerlohn gewährleisten. Finanzielle Lasten gleichen wir am besten aus, wenn wir beste Bedingungen für einen wirtschaftlichen Neustart schaffen. Neue Steuern wären dabei Gift, sie würden die aktuelle Erholung im Keim ersticken. Stattdessen setzen wir uns für Entlastungen für alle Einkommen ein.

- *Für Kulturschaffende ist die Corona-Krise ein tiefer Einschnitt. Viele Künstlerinnen und Künstler konnten seit März 2020 kaum arbeiten. Kultur wurde dem Anschein nach als verzichtbares Freizeitvergnügen angesehen. Welches Konzept hat Ihre Partei für eine zukunftsfeste Kulturlandschaft? Welche Lehren zieht Ihre Partei für eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden und „Soloselbstständigen“?*

Akut braucht es eine Klarstellung, wie kulturelles Leben mit Hygienekonzepten wieder umfassend stattfinden kann. Dazu gehört es auch, die Entscheidung zwischen 2G- und 3G-Regeln dem Privatrecht zu überlassen und nicht gesetzlich vorzuschreiben.

Insgesamt hat sich gezeigt, dass Selbstständige zu oft als Erwerbstätige zweiter Klasse behandelt werden. Wir brauchen mehr Fairness für Selbstständige. Deswegen wollen wir unter anderem passgenauere Hilfsprogramme etablieren und Ungleichbehandlungen beenden – so sollten sich beispielsweise die Beiträge für Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung an den tatsächlichen Einnahmen orientieren. Um die Kultur- und Kreativwirtschaft nach der Krise zu stärken, wollen wir Förderprogramme für Kulturschaffende öffnen, Förderanträge vereinfachen, Online-Livestreams von der Rundfunklizenzpflicht befreien und die Haushaltsmittel für die nationale und internationale Kulturförderung erhöhen.

- *Welche Ideen für ein Konzept hat Ihre Partei, wie es sich vermeiden lässt, dass Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten hinter verschlossenen Türen Entscheidungen über Corona-Maßnahmen treffen, die tief in das Leben und in die Grundrechte der Bürger eingreifen? Wie lassen sich Transparenz, demokratische Prozesse, öffentliche Kommunikation und verhältnismäßige Abwägungen besser gewährleisten?*

Die Sonderrechte der Regierung, im Moment des Aufflammens der Pandemie in Deutschland noch notwendig, hätten frühzeitig beendet werden müssen. Die Entscheidungen hinter verschlossenen Türen waren einer parlamentarischen Demokratie unwürdig und hatten auch qualitativ schlechte Beschlüsse zur Folge – erinnert sei an die geplante „Osterruhe“. Der Bundestag hat sich auch in der Krise schnell handlungsfähig gezeigt. Schwerwiegende Eingriffe in die Grundrechte hätten nur hier nach einer umfassenden und transparenten Debatte von

gewählten Parlamentariern beschlossen werden dürfen. Denn nur mit der Parlamentsbeteiligung ist sichergestellt, dass transparent alle Alternativen in Betracht gezogen werden und die freiheitsschonenden Mittel zur effektiven Bekämpfung der Pandemie gesucht werden. Unsere Fraktion hat immer wieder Vorschläge in den Bundestag eingebracht, wie die Pandemiebekämpfung rechtssicher in die Hände des Parlaments hätte zurückgeführt werden können. Es ist nun mehr als überfällig, diesen gesetzgeberischen Ausnahmezustand zu beenden. Die epidemische Notlage von nationaler Tragweite sollte deswegen sofort beendet werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Klein' or similar, written in a cursive style.